

Mit freundlicher
Unterstützung von

INITIATIVE >
Neue Soziale Marktwirtschaft

Juli/August 2010

WIR ERKLÄREN DIE WIRTSCHAFT



Was hat die Fußball-WM ...

... Südafrika eigentlich gebracht?

Wenige Tage liegt das Finale der Fußball-WM zurück. Vier Wochen stand Südafrika im Mittelpunkt, der Tourismus wird profitieren. Und sonst? Der Ausbau der Infrastruktur gilt als bleibender Vorteil – auch wenn die meisten Stadien nie so genutzt werden dürften wie in Europa. Seit Ende der Apartheid 1990 waren die Investitionen des Staates in Bildung, Infrastruktur und Gesundheit von einem Zehntel des Bruttoinlandsprodukts bis auf 3,5 Prozent Anfang des Jahrzehnts gefallen – die Quote stieg zur WM wieder auf sieben Prozent an. Finanzminis-

ter Pravin Gordhan rechnet für 2010 mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2,3 Prozent; mindestens 0,5 Prozentpunkte führt er auf die WM zurück.

Doch auf politischer und gesellschaftlicher Ebene brodeln es. Die Arbeitslosenquote liegt laut offizieller Statistik bei gut 24 Prozent, in Wahrheit dürften es fast 40 Prozent sein. Brechen nun nach dem Fest Unruhen aus, wird das mühsam aufgebaute Image-Kapital sofort entwertet.

Allein im laufenden Jahr trägt die Fußball-WM **0,5 Prozentpunkte** zum Wachstum in Südafrika bei.

• Noch ein Sommermärchen

Erhalten aufstrebende Staaten wie Südafrika den Zuschlag für weltweit beachtete Sport-Großereignisse wie Fußball-WM oder Olympia, geht oft ein regelrechter Ruck durch das Land. Erst recht, wenn ein bereits rapide aufholendes Land wie Brasilien binnen zwei Jahren gleich zweimal die Welt zu Gast hat (siehe rechts).

Aber kann das deutsche Sommermärchen, Teil II (nach 2006), auch wirtschaftlich etwas bewirken? Das viele Bier beim Public Viewing ist schließlich gesamtwirtschaftlich kaum messbar, und Ausrichter waren wir, anders als 2006, auch nicht. Volkswirte verweisen aber auf das Beispiel Frankreich – das in Südafrika fußballerisch denkbar schlecht aussah: Nach dem Sieg bei der Heim-WM 1998 verdoppelte sich dort die Wachstumsrate, nicht zuletzt wegen des Stimmungsaufschwungs, der an Vertrauensindikatoren ablesbar war.

Frank Pöpsel

Chefredakteur, FOCUS-MONEY

Und wie sind die Aussichten ...

... für Brasilien mit der Fußball-WM 2014?

Brasilien richtet neben der Fußball-WM auch die Olympischen Spiele 2016 aus. Wie in Südafrika gilt: Ein Schwellenland profitiert langfristig stärker vom Ausbau des Telefonnetzes, von Verkehr und Flugverkehr als ein Industriestaat wie Deutschland, Ausrichter der Fußball-WM 2006. Im Jahrbuch der Business School IMD, die die Wettbewerbsfähigkeit von 56 Staaten untersucht, rangiert Brasi-

lien bei Qualität und Zugänglichkeit der Infrastruktur auf Platz 46 (Südafrika: 54; Deutschland 2006: neun). Also werden nicht nur Sportfans von den bis 2016 auf 40 Milliarden Dollar geschätzten Investitionen (Quelle: UBS-Bank) in Brasilien profitieren, sondern auch die Gesellschaft. Die 40 Milliarden schließen private Investitionen etwa von Hotels ein. Olympia und Fußball-WM hieven die Wirtschaftsleistung in den nächsten Jahren jährlich um einen Prozentpunkt nach oben, errechnete eine brasilianische Business School.

Brasilien investiert für die nächste Fußball-WM und Olympia 2016 **40 Milliarden Dollar.**

Kontakt: mailto:wirtschaftserklaeren@focus-money.de
[Hier geht's zur Registrierung](#)

Auch der Ratgeber lernt dazu

Manche Schulen richten ausgeklügelte Tutorsysteme ein. Wie lehrende und geförderte Schüler profitieren – von Schulen und Eltern ganz zu schweigen Seite **2**

Unverzichtbare Banken

Kreditinstitute sind als Gelddrehscheibe alternativlos. Was sie alles leisten Seite **3**

Wenn Staaten nicht mehr zahlen können

Kann ein Staat pleitegehen, obwohl er doch theoretisch einfach immer mehr Steuern verlangen könnte? Er kann. Wie oft das passiert und die Gründe dafür Seite **6**

Lernen mit LINKS

Die FOCUS-MONEY-Buchtipps und -Bookmarks Seite **8**

Impressum

Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt: Frank Pöpsel
Verlag: Dieser Newsletter erscheint in der FOCUS Magazin Verlag GmbH. Nachdruck ist nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags gestattet.

KARRIERE

Die Angebote
richten sich meist an**Schüler der
5. und 6.
Klassen.**Tutoren
können mit**fünf
Euro**pro Stunde
rechnen.

Schüler helfen Schülern

Wenn starke Schüler schwächeren helfen, bringt das beiden etwas – den Tutoren vor allem Sozialkompetenz

Am Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium im fränkischen Oberasbach ist das Tutoriensystem „Schüler helfen Schülern“ richtiggehend institutionalisiert. „Damit dürfen wir ziemlich einmalig sein in Deutschland“, behauptet Claus-Jürgen Pappler, Initiator und Vorsitzender des entsprechenden Vereins, der Nachhilfe unter den Schülern organisieren hilft. Auf diese Idee ist er vor allem durch eigene Erfahrungen gekommen: Als Vater zweier Kinder, die das Gymnasium besuchen, war er mit schlechten Noten seiner Sprösslinge konfrontiert. Er und andere Eltern überlegten sich, wie sie das Problem lösen könnten. Dass die Kinder, die sitzenzubleiben drohten, Nachhilfe brauchten, war allen klar. Statt teure Institutionen zu beauftragen, wollten die Eltern jedoch die Schüler höherer Klassen gewinnen, um die Schwächeren zu betreuen – was Pappler und dem Verein „Schüler helfen Schülern“ offensichtlich gelungen ist.

Hilfe für Geringverdiener.

„Mittlerweile kümmern sich 100 Tutoren um etwa 350 Schüler“, erläutert Pappler. In der Regel stehe ein Tutor einem Schüler zur Seite, nur in ganz seltenen Fällen seien es auch mal zwei Schüler. Die Tutoren werden direkt von ihren Nachhilfeschülern bezahlt. „Sie bekommen als Aufwandsentschädi-

gung fünf Euro pro Stunde, wobei da die Vorbereitung und eventuelle Korrekturen mit inbegriffen sind“, so der SHS-Vorsitzende.

Wer bei diesem System mitmachen will, zahlt als Schüler 50 Cents pro Monat, Eltern einen Euro. Mit diesem Geld, das der gemeinnützige Verein einsammelt, werden auch einkommensschwache Familien unterstützt, die sich die Nachhilfe sonst nicht leisten könnten.

Vorteile für Tutoren. Natürlich profitieren vor allem schwächere Schüler von dieser Nachhilfe-Einrichtung – aber nicht nur sie, sondern auch die Tutoren selbst. Die wichtigsten Vorteile sind:

- Soziale Kompetenz. Schließlich übernehme ein Tutor in gewisser Weise Verantwortung für seinen Schützling, betont der umtriebige Franke. Der Tutor muss Fragen beantworten, erklären, wie eine Aufgabe gemeint ist, auf den Nachhilfeschüler eingehen, sich zurücknehmen und – nicht zu vergessen – ihn auch immer wieder motivieren, damit er bei der Stange bleibt.

- Mitlernen. Der Tutor wiederholt bereits bekannten Lernstoff und festigt das Erlernte. Denn kaum etwas prägt sich so gut ein wie Inhalte, die man anderen erklären muss.

- Befriedigung. Anderen zu helfen erzeugt ein gutes Gefühl. Wer mit Tutoren spricht, hört oft die Begeisterung heraus, mit der sie die Sache angehen. Ganz abgesehen davon, steigt auch die Anerkennung innerhalb des Freundeskreises. Mit „Tutor“ assoziieren Außenstehende Verantwortung, Altruismus und Kompetenz.

- Geld. Wenn es auch nicht viel ist, aber damit lässt sich zumindest der eine oder andere Wunsch erfüllen. Es dürfte auch für die meisten das erste selbst verdiente Geld sein.

Vorbild für andere. Übrigens, die Idee von SHS scheint sich herumzusprechen. „Wir haben mittlerweile einige Anfragen, unter anderem vom Platen-Gymnasium in Ansbach und vom Gymnasium Stein in Stein bei Nürnberg.“ Andere Gymnasien kennen zwar auch Tutoren, meist läuft das jedoch eher unkoordiniert und bei Weitem nicht in dem Umfang wie in Oberasbach. Deswegen ist Pappler gern bereit, Interessenten unter die Arme zu greifen – mit seinem Know-how und der Software, die der Verein entwickelte. ●

Weitere Informationen:

www.shs-kids.de

www.lis.bremen.de

NEUE BACHELOR-STUDIENGÄNGE AN DEUTSCHEN HOCHSCHULEN

Ökopololy lässt grüßen

Wie breitet sich Kohlen- oder Schwefeldioxid aus, was ist von Solarthermie zu erwarten, wie lässt sich Strom möglichst widerstandsfrei transportieren – mit diesen und ähnlichen Fragen befassen sich Studenten der Umweltinformatik. Sie schlagen eine Brücke zwischen den Umweltwissenschaften und der Informatik. Die Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin hat den entsprechenden Bachelor-Studiengang komplett überarbeitet und startet damit im Wintersemester. Dauer des Studiums: sechs Semester. Mehr Infos unter: www.ui-berlin.de/

Vom Wasser auf die Schiene

Künftig wird eher mehr als weniger transportiert. Deswegen gewinnt die Kombination aus Binnenschiff-, Lkw- und Schienenverkehr an Bedeutung. Die Fachhochschule Bielefeld will Studenten für die Aufgaben als Logistiker und Projektmanager vorbereiten. Das Studium des Projektmanagements Infrastruktur/Logistik schließt Inhalte aus den Bereichen Ver- und Entsorgungstechnik sowie Energiemanagement mit ein. Ferner gehören Betriebswirtschaft und Recht dazu. Das sechssemestrige Studium endet mit dem Bachelor of Engineering. Infos unter: www.fh-bielefeld.de

Musik managen

Ob „Lord of the Dance“, „Culcha Candela“, „Theatre of Death“ oder „Fettes Brot“ – Konzerte, Festivals und Tourneen müssen organisiert werden. Wer diesen Job übernimmt, braucht mehr als nur Improvisationsgabe. Die Saar-Uni bildet künftige Eventmanager aus – und zwar spezialisiert auf Musik. Von Vorteil ist natürlich, ein Instrument zu spielen, denn Musiker können ihre Fähigkeiten mit Management-Kompetenzen ergänzen. Einsatzgebiet für Absolventen ist neben dem Konzertmanagement eine Tätigkeit in den Medien oder im Kulturbereich. Infos unter: www.ohm-hochschule.de

SERIE MARKT (7)

Ohne Banken keine Wirtschaft

Die Banken stehen seit der Finanzkrise im Kreuzfeuer der Kritik. Einige würden sie sogar am liebsten abschaffen. Dabei ist Wirtschaft ohne Banken nicht vorstellbar

Auf dem Höhepunkt der Finanzkrise im Herbst 2009 wuchs die Angst der deutschen Sparer vor einem Kollaps des Bankensystems von Tag zu Tag. Um die Bürger zu beruhigen, ergriffen Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihr damaliger Finanzminister, Peer Steinbrück, die Initiative und versprachen allen, dass ihre Einlagen sicher seien. Damit beruhigten sie die vielen Millionen Deutschen, deren Geld bei Sparkassen und Banken liegt. Seitdem garantiert in letzter Instanz der Staat für 50 000 Euro Einlagen, falls tatsächlich eine Bank pleitegehen sollte. Bis 1. Juli 2009 waren nur 20 000 Euro durch die Einlagensicherung abgedeckt. Im Ganzen entspricht das einer Garantiesumme von weit mehr als einer Billion Euro, die hoffentlich nie in Anspruch genommen werden muss.

Wenn sich die Bundesregierung nicht zu diesem Schritt durchgerungen hätte, wer weiß, ob es damals nicht ähnlich gekommen wäre wie in England vor zwei Jahren. Aus Angst vor einem Kollaps wollten im Herbst 2008 Tausende Kunden der Hypothekbank Northern Rock ihr Ersparnis retten und ihr Geld abheben. Es kam zum „Bank Run“. Vor den Filialen bildeten sich lange Schlangen. Da britische Banken im Schnitt lediglich drei Prozent der Kundengelder in flüssiger Form vorhalten, gingen dem angeschlagenen Finanzinstitut die Mittel aus. Nur dank der Hilfe der britischen Regierung konnte das Finanzinstitut seinen

Verpflichtungen nachkommen – im Anschluss wurde der Hypothekenfinanzierer verstaatlicht, die britische Regierung übernahm die Garantie für die Einlagen der Sparer.

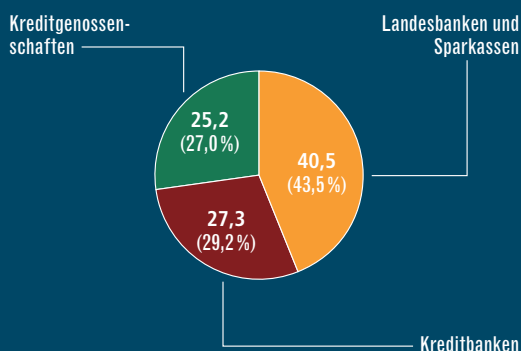
Die Kunden der englischen Bank erlebten, was ein Leben ohne diese Institution bedeutet – wenn auch nur kurz: kein Zugriff auf das Konto, kein Bargeld, keine Sicherheit. Geldhäuser gehören zu unserer modernen Wirtschaft dazu wie Auto und Telefon.

Aufgaben der Banken. Banken erfüllen zahlreiche Aufgaben, sie regeln alles rund ums Geld. Die Deutschen bezahlen zwar nach wie vor noch viele Einkäufe im Handel mit Scheinen und Münzen (immerhin mehr als die Hälfte), der Anteil wird jedoch von Jahr zu Jahr geringer. Immer häufiger greifen die Kunden zur Girokarte. Das gilt natürlich noch weit mehr für alle anderen regelmäßigen Zahlungen wie die Rechnungen für Strom, Gas, Wasser, Müllabfuhr und Telefon. Vieles passiert sogar weitgehend automatisiert per Dauerauftrag oder Lastschrift. Diese Form des Geldes als Guthaben bei einer Bank nennt sich Giralgeld, das jedoch kein gesetzliches Zahlungsmittel ist. Die Guthaben können vom Kontoinhaber jederzeit in Bargeld umgewandelt werden.

Jedem sein eigenes Girokonto

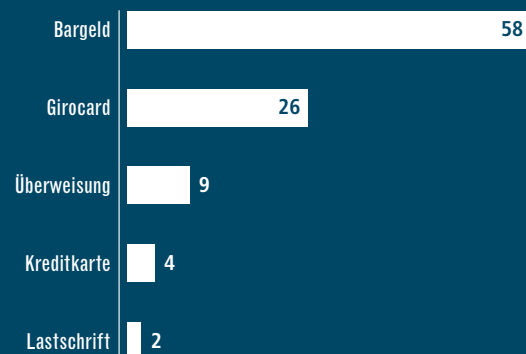
Rein rechnerisch besitzt jeder der 82 Millionen Bundesbürger mindestens ein Girokonto. Die meisten Kunden haben immer noch die Sparkassen, gefolgt von den Volks- und Raiffeisenbanken und den Geschäftsbanken. Mittlerweile nutzen viele das Internet, um ihre Überweisungen abzuwickeln.

Anzahl der Girokonten 2008
in Millionen



Anders als die Amerikaner hängen die Deutschen immer noch am Bargeld. Das Gros bezahlt die Einkäufe aus dem Portemonnaie. Die Girokarte, besser bekannt als EC-Karte, ist jedoch auf dem Vormarsch. Die Kreditkarte hingegen spielt eine eher untergeordnete Rolle.

Zahlungsmittel in Deutschland
Angaben in Prozent der bezahlten Waren und Dienstleistungen



Fortsetzung von Seite 3

Ohne Bank wären diese Transaktionen allerdings nicht möglich. Wer diese Vorteile nutzen will, braucht freilich ein Konto, was mittlerweile, zumindest hierzulande, eine Selbstverständlichkeit ist. Jeder Deutsche, ob Kleinkind oder Greis, hat rein rechnerisch mindestens ein Girokonto, manche sogar zwei und mehr, vor allem wenn er ein Geschäft betreibt. Damit ist auch schon eine der wichtigsten Aufgaben der Banken beschrieben: die Abwicklung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, der in einer modernen Wirtschaft nicht mehr wegzudenken ist. Deswegen gibt es seit 1996 das sogenannte Jedermann-Konto. Die Banken und Sparkassen verpflichten sich, für jeden Antragsteller ein Guthabenkonto einzurichten, damit er seine Zahlungen bargeldlos abwickeln kann, eben weil ein Bürger ohne Girokonto stigmatisiert wäre.

Krone, Kuna & Co. Zu den weiteren Aufgaben der Banken gehört es, Kunden Geld in ausländischer Währung zu besorgen. Früher war das noch wichtiger als heute, da der Raum, in dem mit dem Euro eine einheitliche Währung gilt, sich stetig vergrößert. Sprich, wer nach Frankreich, Österreich, Italien oder Irland reist, kann mit dem Euro bezahlen. Mittlerweile fungiert er in 16 Ländern als gemeinsame offizielle Währung. Ab Januar 2011 sind es, einschließlich dem Neuzugang Estland, sogar 17. Wer jedoch nach Dänemark fährt, nach Kroatien, nach Großbritannien oder in die USA, muss weiterhin seine Euros gegen Kronen, Kuna, Pfund oder Dollars tauschen.

Bank als Makler. Eine ähnlich wichtige Funktion nehmen die Banken ein, wenn es um Wertpapiere wie Aktien, Anleihen und Zertifikate geht. Wenn Otto Nor-

malverbraucher sich an einem Unternehmen beteiligen oder Staatspapiere kaufen will, braucht er einen Mittler – und das ist die Bank. Sie fungiert als Makler. Der Kunde richtet dann neben seinem Girokonto ein Depot bei seiner Bank ein, und das Geld wird entsprechend abgezweigt oder zurücküberwiesen, je nachdem, ob es sich um Kauf oder Verkauf handelt. Und dieser Mechanismus funktioniert nicht nur bei bereits vorhandenen Aktien, die an der Börse gehandelt werden, sondern auch bei der Verteilung von neuen Aktien, die ein Unternehmen erst ausgibt. Die Bank übernimmt dann den Part als Vermittler zwischen Unternehmen und Geldgebern.

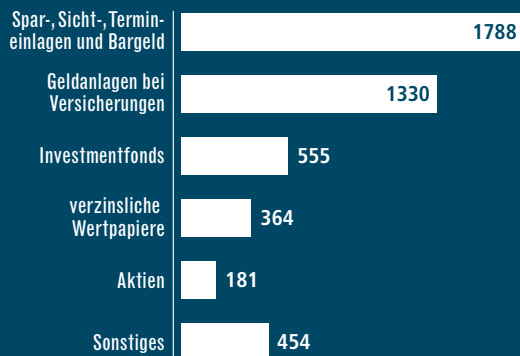
Scheine sind nicht alles. Die wohl wichtigste Aufgabe der Banken ist die Geldschöpfung. Ohne die Kreditinstitute gäbe es letztlich kein neues Geld. Diese Aufgabe ist sozusagen das Abfallprodukt ihres Kreditgeschäfts. Wie das funktioniert? Die Bank bekommt Geld von ihren Kunden, deren Löhne beispielsweise am Monatsende auf den Konten bei der Bank eingehen. Das Institut weiß, dass die Kunden nur einen Teil sofort in bar abheben, der Löwenanteil bleibt erst einmal auf dem Konto. Mit diesem Geld kann die Bank arbeiten und die Mittel als Kredit vergeben. Dabei muss sie jedoch darauf achten, dass im Schnitt immer ausreichend Liquidität da ist, um die Kunden auszahlen zu können. Die Kunst ist es, das richtige Maß zu finden. Natürlich geht die Bank damit auch Risiken ein, denn nicht immer können die Schuldner ihre Kredite rechtzeitig oder vollständig zurückzahlen. Die Banken sichern sich zwar ab, indem sie Immobilien oder andere Gegenstände sozusagen als Pfand nehmen. Wenn jedoch der Wert des Pfands sinkt, ist der Kredit nicht mehr abge-

Deutsche kein Aktionärsvolk

Im Vergleich zu Zeiten des Internet-Hypes hat sich die Zahl der Aktionäre hierzulande annähernd halbiert. Die meisten parken ihr Vermögen auf Tages- oder Festgeldkonten.

Geldanlage in Deutschland

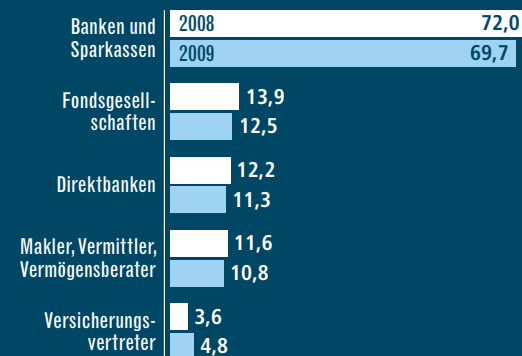
Angaben in Milliarden Euro, gesamtes Geldvermögen 4,67 Billionen Euro



Wenn die Deutschen denn Investmentfonds kaufen, dann bevorzugt bei ihrer Hausbank – und dieser Anteil steigt eher noch. Andere Vertriebskanäle sind eher die Ausnahme.

Kauf von Investmentfonds

in Prozent der befragten Investmentfondsbesitzer



Fortsetzung von Seite 4

deckt. Im schlimmsten Fall müssen die Banken dann auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten. Deswegen verlangt die Bankenaufsicht, dass die Kreditinstitute ausreichend Reserven haben, um auch solche Widrigkeiten zu überstehen.

Euros auf Wanderschaft. Damit der Prozess der Kreditvergabe reibungslos funktioniert, steht die Deutsche Bundesbank als ausgleichendes Element und sozusagen Bank der Banken im Hintergrund. Das verdeutlicht am besten ein Beispiel: Firma F braucht 100 000 Euro, um ihre Rechnung bei ihrem Lieferanten L zu zahlen. F nimmt bei der Bank A einen Kredit auf. Bank A überweist die 100 000 Euro – via Bundesbank als Mittler – auf das Konto von L bei Bank B. Bei Bank B erhöht sich somit die Einlage des Lieferanten – gleichzeitig wächst das Guthaben der Bank B bei der Bundesbank, wogegen das Guthaben von Bank A abnimmt. Und schon ist Giralgeld entstanden.

Bank B verfügt jetzt über 100 000 Euro Giralgeld, das sie verleihen könnte. L hebt jedoch sofort 30 000 Euro von seinem Konto ab, sodass Bank B nur 70 000 Euro an Krediten weiterreichen kann. Bank B gewährt dem Produzenten P einen Kredit über eben diesen Betrag. P hat jedoch ein Konto bei Bank C, sodass Bank B die 70 000 Euro an Bank C überweist. Der Kontostand von P bei Bank C erhöht sich somit um diese Summe, parallel dazu erhöht sich das Guthaben der Bank P bei der Bundesbank – und schon wieder ist Giralgeld entstanden ... und so kann das immer weitergehen.

Giralgeld entsteht auch, wenn die Bank C beispielsweise vom Produzenten P ein Grundstück kauft, um eine neue

Filiale zu bauen. P bekommt von der C-Bank keine Scheine oder Münzen, stattdessen erhöht sich sein Kontostand bei seiner Bank. Nur so am Rand erwähnt: Auch wenn Produzent P seine Maschinen in die USA verkauft und die Dollars, die er von seinem Handelspartner bekommt, bei seiner Bank einlöst und sich dadurch sein Konto füllt, wird Giralgeld generiert.

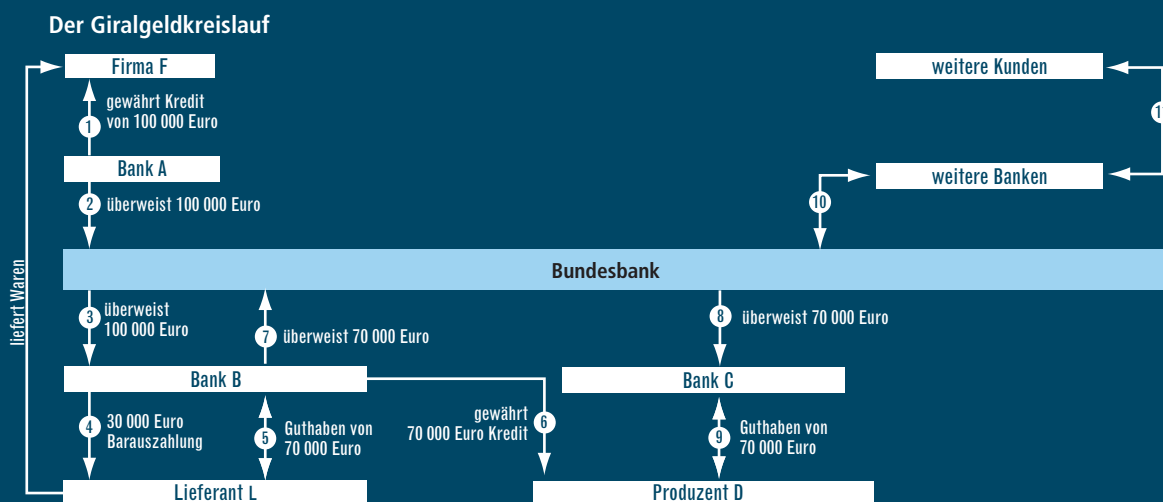
Kein Perpetuum mobile. Die Kreditvergabe als Perpetuum mobile? Ganz so ist es nun wieder nicht. Die Bundesbank friert einen Teil der Guthaben ein, die Banken bei ihr deponiert haben – die sogenannten Mindestreserven. Dieser Satz liegt zurzeit bei zwei Prozent. Als größere Bremse wirkt jedoch, wenn die Kunden einen Großteil ihres Guthabens abheben. Die Bank kann immer nur mit Giralgeld arbeiten, jedoch nicht mit Bargeld – und das wiederum gibt's nur von der Notenbank, letztlich somit – über den Umweg Bundesbank – von der Europäischen Zentralbank.

Zusammengefasst heißt das: Ohne Banken keine Geldschöpfung. Wie viel Giralgeld geschöpft wird, hängt im Wesentlichen davon ab, wie viel die Notenbank an Mindestreserven abzweigt – und natürlich davon, wie viel die Bankkunden an Bargeld im Portemonnaie mit sich herumtragen oder im Tresor deponieren.

Um das reibungslose Funktionieren des Geldsystems kümmern sich die Europäische Zentralbank EZB und die Notenbanken der Länder, hierzulande die Deutsche Bundesbank. Ferner kontrolliert die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, kurz BaFin, die Kreditinstitute. Die Kontrolleure sollen das Vertrauen von Bankkunden in die Finanzmärkte sichern – bislang auch mit Erfolg. ●

Der Giralgeld-Kreislauf

Ohne Banknoten zu drucken kann in der Wirtschaft Geld geschöpft werden. Die ursprünglichen 100 000 Euro Kredit, die die Firma F aufnimmt, werden nicht vollständig ausgezahlt. Mit der Restsumme kann über das Banken- und Zentralbanksystem weitergearbeitet werden, weitere Banken und weitere Kunden erhöhen mit ihren Geschäften die Summe des Giralgeldes.



SCHULDENKRISE

Wie Staaten pleitegehen

Ein Staatsbankrott kommt gar nicht so selten vor. Die Schuld tragen in der Regel Politiker ohne Weitblick

Statt 100 Euro bekommen Anleger, die dem argentinischen Staat einmal Geld geliehen hatten, nur noch 66 Euro wieder – von Zinsen ganz zu schweigen. Das ist die Folge des Staatsbankrotts vor mehr als acht Jahren. An Weihnachten 2001 schockte der damalige argentinische Präsident Adolfo Rodríguez Saa seine Landsleute und die Welt mit der Ankündigung, nicht mehr zahlen zu können.

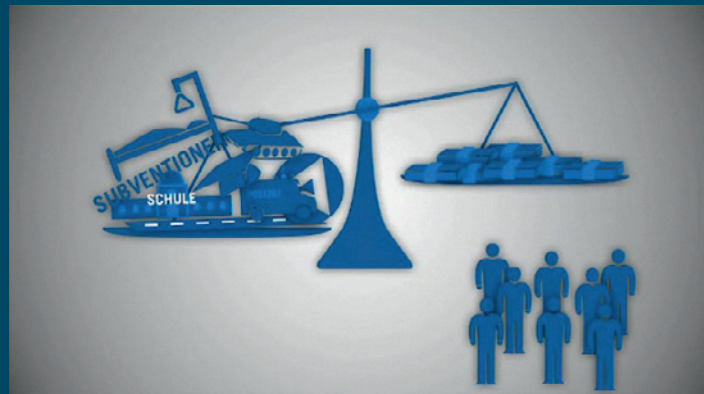
Argentinien & Co. Argentinien ist freilich nicht die große Ausnahme, fast jedes Land ging in seiner Geschichte wenigstens einmal pleite. Erinnert sei nur an Russland und an den drohenden Staatsbankrott Griechenlands. Anders jedoch als bei einer Unternehmenspleite gibt es bei einem Staatsbankrott kein geordnetes Insolvenzverfahren. Die Gläubiger müssen selbst mit dem Staat verhandeln und in der Regel auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten.

Wie kommt jedoch ein Staat überhaupt in eine derart missliche Lage? Letztlich ist die Ursache mangelnde Haushaltsdisziplin, das heißt, der Staat gibt auf Dauer mehr aus, als er einnimmt. Das kann daran liegen, dass er sich zu viel an Bürden aufgeladen hat oder dass er zu wenig Steuern einnimmt. Meist ist es auch eine Kombination aus beiden. Natürlich muss der Staat gewisse Aufgaben erfüllen wie Schulen unterhalten und Straßen bauen. Dafür zahlen die Bürger Steuern. Wenn sich beides langfristig die Waage hält, ist alles in Ordnung.

Lebt der Staat jedoch permanent über seine Verhältnisse, muss er sich das Geld anderswo besorgen. Entweder er leiht es sich von Banken oder von Anlegern. Die Regierung verkauft dazu Staatsanleihen, die nichts anderes sind als Schuldscheine. Auf ihnen steht, wie viel Geld zu welchem Zinssatz für wie lange verliehen wurde. Wer ein solches Papier kauft, geht das Risiko ein, dass der Staat, dessen Anleihe er gekauft

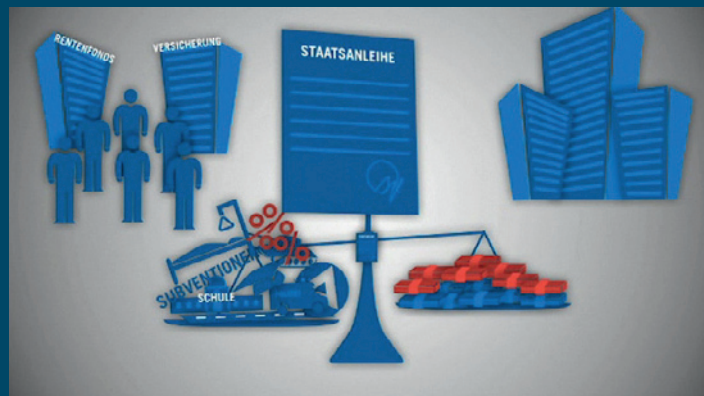
60 Billionen Euro Schulden

Alle Staaten der Welt zusammen kommen auf einen Schuldenberg von 60 Billionen Euro. Dazu trägt Deutschland immerhin mit 1,7 Billionen Euro bei. In dieser Summe sind die Schulden von Bund, Ländern und Kommunen enthalten. Das Beängstigende daran ist jedoch, dass der Schuldenberg weiterwächst. Allein im ersten Quartal 2010 kletterte die Staatsverschuldung um 20 Milliarden Euro.



Vater Staat als Gläubiger

Wenn die Einnahmen nicht reichen, um die Ausgaben zu finanzieren, muss sich der Staat Geld leihen – entweder bei Banken, Versicherungen, Rentenfonds oder Privatanlegern. Er gibt dazu Staatsanleihen aus. Auf diesen Schuldscheinen steht, wann sie fällig sind, und wie viel Zinsen es darauf gibt. Zurzeit liegt die Rendite zehnjähriger deutscher Staatsanleihen bei 2,5 Prozent.



hat, bei Fälligkeit so klamm ist, dass er die Schulden nicht mehr zurückzahlen kann. Wie groß dieses Risiko ist, wird von Rating-Agenturen wie Moody's, Fitch oder Standard & Poor's geschätzt. Je kreditwürdiger ein Staat, desto leichter findet er Käufer für seine Schuldtitel und desto weniger Zinsen zahlt er letztlich auch. Umgekehrt müssen unsichere Schuldner schon mehr an Zins bieten, um Anleger zu finden, die sie kaufen. Im schlimmsten Fall finden sich trotz hoher Zinsen keine Käufer.

Wetten auf den Bankrott. Die Rating-Agenturen orientieren sich bei ihrer Bewertung auch an der Höhe der Kreditausfallversicherungen, den sogenannten Credit Default Swaps (CDS). Je höher die Prämie, die für einen Schuldschein gezahlt werden muss, desto gefährdeter ist das Papier. Diese CDS funktionieren im Prinzip wie jede andere Versicherung auch. Tritt der Schadensfall – also die Pleite eines Staates – ein, müssen die Versicherungen bezahlen. Dann erhalten jene, die im Besitz solcher Papiere sind, die Schadenssumme von der Versicherung. Werden die Anleihen allerdings termingerecht zurückbezahlt, läuft die Versicherung aus.

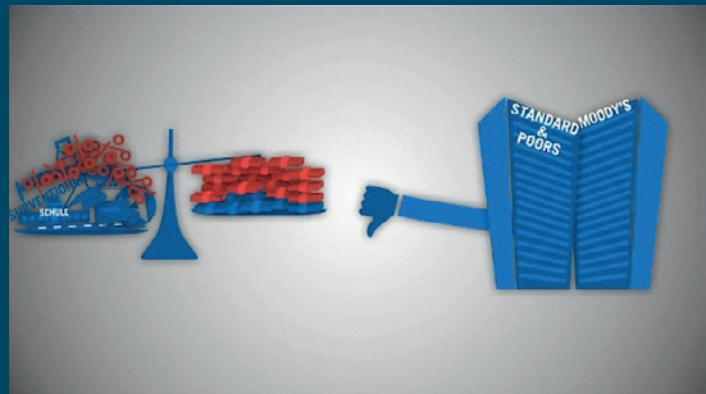
Es gibt indes Investoren, die nur Kreditausfallversicherungen kaufen, ohne eine entsprechende Anleihe zu besitzen, die zu versichern wäre. Diese Spekulanten haben es manchmal nur auf die Versicherungszahlung im Pleitefall abgesehen, meist jedoch wollen sie gar nicht so lange warten. Sie verdienen bereits, wenn die Wahrscheinlichkeit einer Pleite steigt.

Treiben diese Spekulanten einen Staat in den Ruin? Jein. Das Spekulieren auf das Pleiterisiko eines Staates kann manchmal eine Spirale in Gang setzen und die Prämien in die Höhe schrauben, ohne dass sich an den Umständen irgendetwas geändert hat. Höhere Prämien lassen jedoch mittelbar die Zinsen steigen und dadurch die Belastung eines Staates. Andererseits haben die Regierungen dieses Spiel größtenteils selbst in der Hand: Gegen einen Staat mit solidem Haushalt wird niemand auf einen Bankrott wetten. Spekulanten legen lediglich die Schwächen offen. ●

Weitere Informationen:
www.dasrichtigetun.de/Sparen/Information/Hintergrund/Animationsfilm.html

Wenn die Benoter den Daumen senken

Risiko ist ein schwammiger Begriff. Wer Schuldenpapiere von Staaten kauft, sucht deswegen nach einem Maßstab – den bieten sogenannte Rating-Agenturen wie Standard & Poor's und Moody's. Sie vergeben Noten von AAA für absolut verlässliche Schuldner wie Deutschland bis CCC für Schlandriane. Wenn die Bewerter den Daumen senken, müssen die Staaten höhere Zinsen zahlen, da schließlich das Risiko höher ist. So liegt die Rendite zehnjähriger griechischer Staatsanleihen beispielsweise bei mehr als zehn Prozent (Deutschland: 2,5 Prozent).



Pleiten haben Tradition

1998 war Russland pleite, 2001 Argentinien – und Deutschland im vergangenen Jahrhundert gleich zweimal. Griechenland ging allein im 19. Jahrhundert viermal pleite. Ein Staatsbankrott kommt häufiger vor, als viele glauben – und passiert immer dann, wenn einem Staat die Zinszahlungen über den Kopf wachsen. Die Zahlungsunfähigkeit ist dann zwangsläufig. Die Gläubiger müssen auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten. Die Kreditwürdigkeit ist damit jedoch auf Jahre verspielt.



Buchtipp

Keine Angst vor der Börse

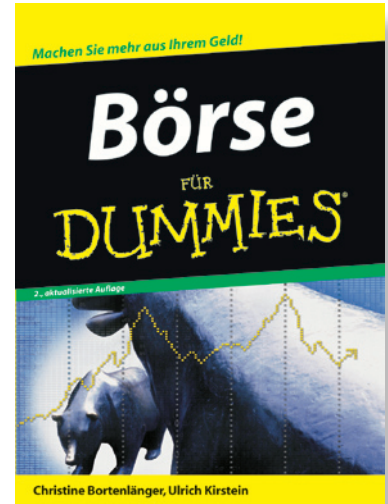
Eigentlich ist schnell erklärt, was eine Börse ist und worum es dort geht: An diesem Handelsplatz wird ge- und verkauft, ohne dass Waren den Besitzer wechseln. An der Wertpapierbörse beispielsweise werden Aktien oder Schuldpapiere in Form von Anleihen gehandelt. Jeder kann sich darauf verlassen, dass die Stücke auch geliefert werden. Das Buch „Börse für Dummies“ blickt zurück auf die Ursprünge dieser Institution, erzählt die Geschichte und erläutert die Funktion der Börse. Sie ist eben nicht Tummelplatz für Spekulanten, sondern vor allem Sammelstelle für Kapital, ohne das kein Auto gebaut, kein Hochhaus hochgezogen werden könnte. Nur weil viele Anleger ihr Geld zusammenwerfen, lassen sich größere Projekte finanzieren.

Natürlich wollen diese Geldgeber dafür entlohnt werden. Wichtigster Grund, dass sie ihr Kapital riskieren, ist doch, es zu vermehren. Deswegen hat das Buch der beiden Autoren Christine Bortenlänger und Ulrich

Kirstein den Untertitel „Machen Sie mehr aus Ihrem Geld!“ Klingt banal, ist es aber ganz und gar nicht. Denn Rendite ist nicht ohne Risiko zu bekommen. Das richtige Maß zu finden ist die große Kunst. Anders ausgedrückt, jeder muss für sich entscheiden, wie viel Risiko er eingehen will.

Das Buch liefert viele hilfreiche Tipps, wie sich Vermögen bilden und vermehren lässt, leider verfallen die Autoren manchmal ins Fachchinesisch. Wenn es da heißt, dass zur Diversifizierung und Risikominimierung die „einzelnen Klassen eine möglichst geringe Korrelation“ ausweisen sollten, dann ist ein Laie erst mal überfordert. Worte wie Asset Selection hätten sich sicher vermeiden lassen, sie schrecken eher ab, als dass sie ermutigen.

Das Beispiel eines ausgewogenen Depots hätte ruhig etwas ausführlicher sein können. Ansonsten informiert das Buch fundiert, meist leicht verständlich – ganz so, wie es Leser dieser Reihe „... für Dummies“ gewohnt sind.



Christine Bortenlänger, Ulrich Kirstein, „Börse für Dummies“, 378 Seiten, 19,95 Euro, Verlag Wiley-VCH, ISBN: 3-527-70556-2

Lernen mit LINKS

Facebook-Ausstieg

Ende Mai sind auf einen Schlag Zigttausende aus dem Social Network Facebook ausgestiegen – wegen mangelnden Datenschutzes. Das Portal hat zwar nachgerüstet, aber so ganz ist die Welle noch nicht verbbt. Eine Anleitung steht unter: www.wikihow.com/Permanently-Delete-a-Facebook-Account



Die Top 100

Viele Schüler haben SchuelerVZ als wichtigste Anlaufstelle, dabei wetteifern Millionen anderer Internetsites um die Aufmerksamkeit der Nutzer. Eine erste Orientierung über die meistgenutzten Sites liefert der Mediendienst Meedia. Er listet die Top 100 auf: <http://meedia.de/nc/internet/top-100.html>



Online-Clippings

Was die Schere für Offline-Zeitungsleser ist, ist Instapaper für Onliner. Mit dem Programm können sie die Titelzeilen interessanter Artikel auf einer Art elektronischer Pinnwand ablegen, um sie dann später in aller Ruhe noch einmal nachzulesen. Der Button lässt sich im Browser einbauen. www.instapaper.com

